

Der Arabische Frühling  
bringt Gefährdungen  
und Chancen  
für die israelische Sicherheit

## Sorge um den Frieden

Avi Primor

Den Arabischen Frühling haben die Israelis Anfang 2011 mit gemischten Gefühlen verfolgt. Einerseits haben sie sich seit Jahrzehnten schon selbst davon überzeugt, dass eine demokratische Nachbarschaft für einen dauerhaften Frieden nützlich sein kann. Letzten Endes weiß man doch, dass noch nie ein Krieg zwischen zwei parlamentarischen Demokratien geführt wurde. Andererseits findet man sich mit bekannten Situationen, selbst wenn sie nicht die besten sind, besser ab als mit einer unbekanntem Zukunft.

Am meisten sorgen sich die Israelis um Ägypten. Der große Nachbar, mit dem Israel seit Ende der 1970er-Jahre in Frieden lebt, ist für Israel unentbehrlich geworden. Wenn Israel sich mit der Verteidigung der gemeinsamen langen Grenze nicht auseinandersetzen muss, ist das für Israel, aus jedem Blickwinkel gesehen, eine große Erleichterung. Präsident Mubarak hat sich seit Jahrzehnten in dieser Hinsicht als ein glaubwürdiger und verlässlicher Partner erwiesen. Hinzu kam, dass der Frieden mit Ägypten, wenn er auch nur ein sogenannter kalter Frieden geblieben ist, auch wirtschaftlich zunehmend für Israel an Bedeutung gewann, insbesondere die Gaslieferung, auf die sich die israelische Stromproduktion zunehmend stützte. Der ägyptische Frühling, so dachte man in Israel, konnte zwar Chancen mit sich bringen, sah jedoch von Anfang an eher unbeständig aus und seine Zukunft undurchsichtig. Immerhin konnte man sich damit trösten,

dass mit dem Sturz Mubaraks das Militär die Macht übernahm und die Interessen Ägyptens vis-à-vis Israel genauso eingeschätzt wurden, wie es die Präsidenten Sadat und Mubarak auch vorher schon getan hatten. Den Frieden mit Israel haben Sadat und Mubarak geschlossen und aufrechterhalten – nicht aus Liebe zu Israel, sondern aus reinem ägyptischen Interesse.

### Wahlsieg der Islamisten

Wir wissen, wie die ersten wirklich freien Wahlen in Ägypten ausgegangen sind. Die Islamisten und die extrem islamistische Gruppierung der Salafisten haben drei Viertel des ägyptischen Parlaments erobert. Wenn auch das Militär die Macht nicht so schnell aufgibt, werden unwiderruflich die Islamisten zunehmend die Macht in ihre Hände nehmen. Jene Islamisten, die eine grundsätzlich anti-israelische beziehungsweise antisemitische Haltung hegen, sind auch mit den schlimmsten Feinden Israels eng verbunden, vor allem mit der Hamas-Bewegung. Das bedeutet noch nicht, dass der Frieden mit Ägypten zu einem Ende kommt, meint man in Israel. Auch die Islamisten, wenn sie einmal an der Macht sind, werden Staatsräson erwägen müssen, also die Interessen des Staates in Betracht ziehen, einschließlich der Notwendigkeit des Friedens mit Israel und damit auch der guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die Ägypten finanziell erheblich unterstützen. Eine Besserung im Vergleich zu Mubaraks Zei-

ten ist das nicht, eine echte parlamentarische westliche Demokratie zeichnet sich momentan am Horizont auch noch nicht ab.

## Unruhen in den Nachbarländern

Sorgen bereitet dem Staat Israel auch der östliche Nachbar Jordanien. Dieses Königreich ist mit Ägypten nicht zu vergleichen. Letzten Endes hat es weniger als ein Zehntel der ägyptischen Bevölkerung. Israel längste Grenze überhaupt ist aber die zu Jordanien, und das kleine Königreich dient in der Tat als Pufferzone zwischen Israel und dem Osten, zwischen Israel und den meisten muslimischen Staaten. Der haschemitische König wie auch die anderen Monarchen der arabischen Welt ist weniger gefährdet als die arabischen Diktatoren, von denen drei im letzten Jahr gestürzt wurden. Der vierte, Syriens Präsident Assad, steht auf der Kippe. Das bedeutet jedoch nicht, dass das haschemitische Haus überhaupt nicht bedroht ist. Unzufriedenheit und Turbulenzen sind auch in Jordanien zu beobachten, und keiner weiß, ob der König imstande ist, die notwendigen Reformen durchzusetzen, die Wirtschaft zu verbessern und damit die Stabilität wiederherzustellen. Israel muss damit rechnen, dass auch in Jordanien eine Wende einen Rutsch in Richtung des Islamismus bedeuten würde. Natürlich hat auch Jordanien ein Interesse daran, den Frieden mit Israel aufrechtzuerhalten, ein Interesse, das noch erheblich größer ist als das Ägyptens. Aber auch da wird ein islamistisches Regime keine Verbesserung für Israel sein, ganz im Gegenteil.

Wo es für Israel vielleicht günstiger aussehen könnte, wäre in Syrien. Mehrfach hätte Israel mit Syrien Frieden schließen können. Fünf israelische Ministerpräsidenten, einschließlich Netanjahu in seiner ersten Amtszeit Ende der Neunzigerjahre, haben im Geheimen mit Syrien verhandelt, und alle fünf waren ganz nah

dran, einen Friedensvertrag zu erreichen. Möglicherweise hätte aus eigenen Interessen auch hier jedes Nachfolgeregime diesen Frieden aufrechterhalten. Die Frage ist, ob eine Herrschaft der sunnitischen Mehrheit, die heute gegen Assad kämpft, nicht auch ein islamistisches Regime mit allen Konsequenzen nach sich ziehen würde. Dennoch gibt es auch hier einen Vorteil für Israel. Anders als Mubarak und König Abdullah hat die Assad-Dynastie keinen Frieden mit Israel geschlossen. Erheblich gravierender noch ist, dass dieses Regime der engste, wenn nicht der einzige Verbündete der iranischen Ajatollahs wurde. Das bedeutet nicht nur, dass Israels weltweit gefährlichster Feind, der Iran, mithilfe des syrischen Verbündeten bis zur israelischen Grenze gelangen könnte, sondern dass er seinen Vorposten im Südlibanon, nämlich die schiitisch-islamistische Hisbollah-Bewegung, unmittelbar unterstützt. Hinzu kommt, dass die Hisbollah eine doppelte Gefahr für Israel darstellt, da sie zunehmend den ganzen Libanon beherrscht und Tausende von modernen iranischen Raketen gegen Israel richtet. Heute steht bereits fest, dass die iranischen Revolutionswächter in Syrien gegen die aufständischen Sunniten kämpfen. Die Führung der syrischen Revolution erklärte eindeutig die Auflösung der Sonderbeziehungen sowohl mit dem Iran als auch der Hisbollah, sobald sie das Assad-Regime stürzen. Infolgedessen bedeutet der syrische Frühling für Israel sowohl eine Gefahr als auch eine Chance. Diese wäre natürlich größer, hätte Israel nicht mehrfach einen Friedensschluss mit Syrien verpasst.

Der Arabische Frühling könnte noch eine weitere Gefahr für Israel beinhalten, sollte er sich auf die Arabische Halbinsel ausweiten. Die Grundlage für solche möglichen Rebellionen gibt es in verschiedenen Ländern dieser Region. Sollte das der Fall sein, dann würde es eine ganz

besondere Stärkung des Iran bedeuten. Die größten Feinde der Ajatollahs, diejenigen, die den heutigen Iran am meisten fürchten, sind weder die Israelis noch die westlichen Mächte. Es sind die ölreichen Nachbarn des Iran, die Staaten der Arabischen Halbinsel. Sollten diese Länder auf die eine oder andere Weise unter die Herrschaft Teherans fallen, dann wäre der Iran nicht nur der größte Erdölproduzent weltweit, sondern hätte auch freie Hand im gesamten Nahen Osten.

### Israels Optionen

Was kann Israel unter solchen Umständen tun? Vor allem ist klar, dass Israel sich nicht in die internen arabischen Angelegenheiten einmischen darf. Das kann für alle und vor allem für Israel selbst nur verheerend enden. Bis heute hat man an dieser Zurückhaltung glücklicherweise festgehalten. Für die Zukunft aber sollte Tel Aviv alles Mögliche tun, um nicht, wie es heute noch der Fall ist, in den Augen der neuen und zukünftigen Herrscher der arabischen Staaten wie auch in den Augen der Massen in der arabischen Welt als ein verhasster Feind dazustehen. Dieses Ziel zu erreichen ist nicht unmöglich. Letzten Endes besteht an Israel kein echtes arabisches oder iranisches Interesse. Völker und Regierungen in der islamischen Welt haben andere Sorgen, als sich mit Israel zu streiten. Israel ist für die meisten Muslime eine emotionale Erscheinung, und die ist natürlich mit dem schmerzlichen Palästinenserproblem verbunden. Sollte Israel Frieden mit den Palästinensern schließen, so würde das Feindbild in der arabischen Welt allmählich verblasen. Das sollte heute das größte Interesse Israels sein. So ist es aber nicht.

Die israelische Regierung und durch ihre Propaganda auch die Mehrheit ihrer Bevölkerung betrachtet die Entwicklungen in der arabischen Welt als eine zunehmende Gefahr und zieht daraus nur eine Lehre: die Stärkung der eigenen Ver-

teidigungsmöglichkeiten. Frieden mit der neuen arabischen Welt scheint für die israelischen Behörden in diesem Zusammenhang nur eine gefährliche Utopie zu sein. Es gibt keinen glaubwürdigen Partner seitens der Palästinenser oder der Muslime überhaupt, so meint man in Israel. Die Regierung Netanjahu, die immer wieder den Wunsch äußert, unmittelbar mit den Palästinensern zu verhandeln, lehnt gleichzeitig den Wunsch der Palästinenser wie auch den der restlichen Welt komplett ab, ihnen die Bedingungen für einen Friedensvertrag zu unterbreiten. Die Liste der Ausreden dafür ist unbegrenzt. Der wahre Grund dafür liegt aber darin, dass ein konkreter israelischer Friedensplan, der zumindest die Amerikaner überzeugen kann, für die rechte Netanjahu-Koalition nicht akzeptabel sein wird, und ein detaillierter Friedensplan, der die Koalition zusammenhalten kann, wird nicht einmal von den Amerikanern in Betracht gezogen werden, geschweige denn von den Palästinensern.

Die einzige Möglichkeit, dieser Ausweglosigkeit zu entinnen, wäre eine Einmischung der westlichen Freunde Israels und vor allem Amerikas. Diese sollten die Kontrahenten zu unmittelbaren, konkreten Verhandlungen drängen. Diese Verhandlungen sollten zuerst die Grenzen zwischen Israel und dem zukünftigen Palästinenserstaat bestimmen. Die Amerikaner haben drei Jahre mit der Siedlungsfrage verloren. Zwar ist diese Frage ein Hauptanliegen, aber der amerikanische Druck löst sie nicht. Sollte es Grenzen zwischen den Israelis und den Palästinensern geben, wird es für jedermann selbstverständlich sein, dass jenseits der gegenseitig anerkannten Grenzen keine Siedlungen gebaut werden können. Offensichtlich wird das ohne die Amerikaner nicht zustande kommen. Die Frage ist, ob es nach den Wahlen am 6. November in den Vereinigten Staaten eine neue Chance in Washington geben wird.